




Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

19. Juli 2018

 Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt Errichtung und Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage auf dem Deponieabschnitt V der Kreismülldeponie Sinsheim „Saugrund“



v.l.n.r.: Jochen Schütz (Prokurist AVR BioTerra GmbH & Co. KG), Peter Mülbaier (Geschäftsführer AVR BioTerra GmbH & Co. KG), Peter Hesch (1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Sinsheim), Nicolette Kressl (Regierungspräsidentin), Jörg Detlof (Prokurist AVR BioTerra GmbH & Co. KG)

„Mit der Errichtung und dem Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage auf dem Deponieabschnitt V der Kreismülldeponie Sinsheim „Saugrund“ kommt die AVR BioTerra GmbH & Co. KG der Pflicht nach, die im Rhein-Neckar-Kreis getrennt gesammelten Bio- und Grünabfälle aus der haushaltsnahen Sammlung ordnungsgemäß zu entsorgen“, so Regierungspräsidentin Nicolette Kressl gestern (Mittwoch, 18. Juli 2018) in Sinsheim bei der Übergabe der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung an Peter Mülbaier (Geschäftsführer der AVR BioTerra

GmbH & Co. KG) und Jörg Detlof (kaufmännischer Prokurist der AVR BioTerra GmbH & Co. KG).

Im Beisein von Peter Hesch (1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Sinsheim) hob die Regierungspräsidentin zudem die äußerst positive Zusammenarbeit aller Beteiligten hervor.

Bereits im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung fand im März 2016 eine erste Bürgerinformationsveranstaltung in Sinsheim statt. Nach enger Abstimmung im Vorantragsverfahren wurde der Antrag am 24. Oktober 2017 gestellt. Die Antragsunterlagen wurden öffentlich ausgelegt.

Regierungspräsidentin Nicolette Kressl freut sich, „die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage überreichen zu können.“

Durch die gute Vorarbeit des Vorhabenträgers und die regelmäßigen Informationen der Öffentlichkeit wurden keine Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben.

„Ich wünsche Ihnen und den Anlagenplanern einen genauso reibungslosen Ablauf beim Bau, bei der Errichtung und dem Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage“, so Regierungspräsidentin Nicolette Kressl.

Die BioEnergieTonne als Energieressource der Zukunft

Früher war Müll einfach nur Müll. Dass Abfälle auch eine bedeutende Energiequelle sind, wissen die Verantwortlichen von Landkreis und AVR längst. „Deshalb ist der eingeschlagene Weg, diese Wertstoffe zu sammeln, stofflich und energetisch zu verwerten und durch moderne technische Verfahren daraus grüne Energien zu gewinnen, konsequent und zukunftsweisend“, betont Peter Mülbaier und weist in diesem Zusammenhang außerdem darauf hin, dass die AVR bereits seit 2011 den Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Neckar-Kreis die Möglichkeit bietet, Biomüll über die gebührenfreie BioEnergieTonne getrennt zu sammeln und Grünschnitt gebührenfrei an den verschiedenen AVR-Anlagen abzugeben. So setzt der Landkreis mit seiner operativen AVR-Gruppe in einer Art Vorreiterrolle bereits seit mehreren Jahren die seit 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes um.

Bioabfallvergärung als Ausgangspunkt für neue ökologische und ökonomische Potentiale

Die jährlich im Rhein-Neckar-Kreis gesammelten Mengen an Biomüll weisen seit Jahren rasante Steigerungsraten auf. Von rund 7.000 Gewichtstonnen im Jahr 2011 auf rund 50.000 Gewichtstonnen in 2017, Prognose weiter steigend auf bis zu 60.000 Tonnen und mehr in den kommenden Jahren. Die gesammelten Stoffströme werden ab 2019 in der AVR Bioabfallvergärungsanlage vergoren, getrocknet und anschließend von der AVR BioTerra GmbH & Co. KG als gütegesicherter, zertifizierter Frischkompost für die regionale Landwirtschaft vermarktet. Partner ist hier die Firma REMONDIS, die im Frühjahr 2017 aus der europaweiten Ausschreibung als kompetentester Anbieter hervorgegangen war. REMONDIS ist mit 49% an der AVR BioTerra beteiligt, 51% verbleiben in Händen des Rhein-Neckar-Kreises. Als gemeinsame Geschäftsführer der neuen Gesellschaft fungieren Siegfried Rehberger (Geschäftsführer REMONDIS) für die technischen Belange, Peter Mülbaier (Geschäftsführer AVR UmweltService) ist deren Sprecher. „Wir freuen uns, bei diesem großartigen Projekt unsere umfangreichen Erfahrungen als größter deutscher Entsorger mit einzubringen. Wir haben in Deutschland bereits mehrere Anlagen dieser Art gebaut und betreiben sie erfolgreich“ sagt Jörg Detlof (Prokurist der AVR BioTerra GmbH & Co. KG).

In einem zweiten Schritt wird das durch den Vergärungsprozess erzeugte Rohgas von der AVR BioGas GmbH zu Bioerdgasqualität aufbereitet und anschließend direkt in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist. „Das Leuchtturmprojekt AVR Bioabfallvergärungsanlage mit einem Investitionsvolumen von rund 45 Millionen Euro stellt zum einen die langfristige Entsorgungssicherheit des Rhein-Neckar-Kreises sicher, zum anderen bringt es die politisch gewollten Ziele wie regionalen Klimaschutz oder autarke regionale Energieversorgung einen entscheidenden Schritt voran“, beschreibt Peter Mülbaier einen wesentlichen strategischen Aspekt und bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich für das konstruktive Teamwork aller Projektbeteiligten.

Der Standort Sinsheim

Bei der Standortwahl für die AVR Biovergärungsanlage wurde besonders darauf geachtet, dass die notwendige Infrastruktur bereits weitgehend vorhanden ist und sowohl verkehrstechnische als auch sonstige eventuelle Belästigungen der Bürgerinnen und Bürger beim Bau oder dem späteren Betrieb auszuschließen sind. Das Gelände auf der Deponie Sinsheim bietet dafür in jeder Hinsicht die notwendigen Voraussetzungen. „Die AVR-Gruppe hat mit dieser Standortwahl dem seit vielen Jahren gelebten, partnerschaftlichen Schulterschluss mit der Stadt Sinsheim nochmal eine neue Qualität gegeben“, freut sich Peter Hesch (1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters Jörg Albrecht). „Es ist ein klares Bekenntnis zum Unternehmenssitz und ein deutliches Zeichen der Verbundenheit, denn auch die Stadt Sinsheim wird von den Aktivitäten der AVR Bio-Terra GmbH & Co. KG und der AVR BioGas GmbH mittel- und langfristig profitieren. Zum einen durch neue Arbeitsplätze, die hier entstehen, zum anderen durch die Beteiligung der Stadtwerke Sinsheim Versorgungs GmbH & Co. KG mit 7,5% an der BioGas GmbH“, resümiert Peter Hesch.

Die Entscheidung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung wird auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe (www.rp-karlsruhe.de) und der Stadt Sinsheim eingestellt.